

Schweizerischer Städteverband
Union des villes suisses
Unione delle città svizzere



Jahresbericht 2024



Herausgeber

Schweizerischer Städteverband SSV
Monbijoustrasse 8, Postfach, 3001 Bern
Telefon 031 356 32 32
info@staedteverband.ch
www.staedteverband.ch

Bilder

Rolf Siegenthaler, Bern

Layout

Atelier KE, Meiringen

Druck / Impression

Vögeli AG Marketingproduktion & Druck, Langnau



Höchster Standard für Ökoeffektivität.
Cradle to Cradle Certified™-Druckprodukte
hergestellt durch die Vögeli AG.
Bindung ausgenommen.

Cradle to Cradle Certified™
is a certification mark licensed by
the Cradle to Cradle Products
Innovation Institute.

Inhalt

Der SSV im Porträt	Seite 3
Editorial des Präsidenten	Seite 4
Energie und Klima	Seite 8
Stadtentwicklung	Seite 10
Wohnen	Seite 12
Mobilität	Seite 14
Finanzen und Wirtschaft	Seite 16
Soziales, Gesundheit und Bildung	Seite 20
Migration und Integration	Seite 22
Kultur	Seite 24
Weitere Themen	Seite 26
Öffentlichkeitsarbeit	Seite 28
Politische Interessenvertretung	Seite 31
Der SSV 2024	Seite 34
Netzwerk	Seite 35
Organe	Seite 36
Jahresrechnung	Seite 38
Mitglieder	Seite 41

31. Januar 2024

Die Städte sprechen sich deutlich gegen eine Senkung der Radio und Fernseh-
abgabe aus. Sie unterstützen vielmehr die Medien, die ein wichtiges Standbein einer funktionierenden Demokratie sind. Die Krise der Medien und der Demokratie hängen zusammen.



Der SSV im Porträt

Drei Viertel der Schweizer Bevölkerung leben im städtischen Raum und generieren 84 Prozent der nationalen Wirtschaftsleistung. Der Schweizerische Städteverband (SSV) ist die Stimme dieser urbanen Schweiz: Er vertritt die Interessen und Anliegen der Städte und Agglomerationen gegenüber Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit. Und er bietet für seine Mitglieder, die Städte, Netzwerk, Dienstleistungen, Entscheidungsgrundlagen und Austauschplattformen an, die das gegenseitige Lernen und Meinungsbildung unterstützen.

Politik

Der Schweizerische Städteverband vertritt die Interessen der Städte auf politischer Ebene. Die Bundesverfassung schreibt vor, dass der Bund besondere Rücksicht auf die Interessen der Städte und Agglomerationen nimmt. Der Städteverband ist deshalb ständiger Partner an den Vernehmlassungsverfahren des Bundes, pflegt einen engen und regelmässigen Kontakt zu den Behörden und nimmt in Expertengruppen sowie weiteren Gremien Einsitz. Er unterhält ein breites Netzwerk zu den Parlamentsmitgliedern, damit die Stimme der Städte in den Kommissionen, im National- und Ständerat gehört wird. Der SSV fasst Abstimmungsparolen, wenn die Vorlagen für die Städte von Bedeutung sind.

Der Städteverband bietet seinen Mitgliedern zahlreiche Plattformen zur Vernetzung. Über Sektionen, Kommissionen und Arbeitsgruppen kommen städtische Exekutivmitglieder oder Fachpersonen regelmässig zusammen, um gegenseitig von Erfahrungen zu profitieren, sich fachlich auszutauschen und Positionen zu diskutieren.

Fachinformationen

Der Städteverband und seine Sektionen geben Studien in Auftrag, erarbeiten Entscheidungsgrundlagen, verfassen Positionspapiere und Leitfäden, analysieren Praxisänderungen und deren Auswirkungen auf die Städte, diskutieren Best-Practice-Beispiele und greifen Themen auf, die die Städte heute und in Zukunft beschäftigen. Der fachliche Austausch mit all seinen Facetten findet an Veranstaltungen oder in Arbeitsgruppen statt; die Themen werden über die vielfältigen Kommunikationskanäle den Mitgliedern zur Verfügung gestellt.

Ein grosser Verband mit Tradition

Der Städteverband wurde 1897 gegründet. 134 Städte sind Mitglieder (Stand 31. Dezember 2024). Präsident ist Anders Stokholm. ♦

Editorial: Alles fliesst

Die Welt verändert sich, und mit ihr die Schweiz, unsere Städte und urbanen Gemeinden. Der Städteverband stellt sich den neuen Herausforderungen und entwickelt sich weiter. Besonders freut mich, dass wir zwei neue Mitglieder in unserem Verband willkommen heissen dürfen: Hochdorf und Widnau.

Der Städteverband vertritt einerseits die Interessen der Städte und der urbanen Schweiz gegenüber dem Bund, und andererseits erbringt er Dienstleistungen für seine Mitgliederstädte. In beiden Bereichen waren wir 2024 aktiv unterwegs.

**«Wir wollen die Schweizer Stadt
mit stärkeren Botschaften
und Bildern ins rechte Licht rücken
und ihre Sichtbarkeit erhöhen.»**

In der Bundespolitik brachten wir uns zu zahlreichen Geschäften ein. Besonders hervorzuheben ist etwa unsere wiederholte Kommunikation zugunsten einer transparenten und zukunftsfähigen Regelung beim Kulturgütertransfergesetz. Oder unsere Interventionen zugunsten des Lärmschutzes: Obwohl es in Schweizer Städten dringend mehr Wohnraum braucht, darf die Lebensqualität nicht durch eine Aufweichung des Lärmschutzes zugunsten einfacherer Bautätigkeit geopfert werden. Zudem setzte sich der Städteverband weiterhin dafür ein, dass die Städte über die Kompetenz verfügen, Tempo 30 einzuführen, wo es ihnen aus Gründen der Sicherheit oder des Lärmschutzes sinnvoll erscheint.

Mit Positionspapieren zu Integrationspolitik und städtischer Wohnpolitik unterstrich der Städteverband zu wichtigen Themen die Haltung der Städte.



Für die Mitglieder schufen wir im Berichtsjahr erneut zahlreiche Möglichkeiten der Vernetzung; sei es durch die thematisch breiten Sektionen, Arbeitsgruppen, Kommissionen oder durch die Organisation von Anlässen, allen voran dem Städtetag, den wir dieses Jahr in Lausanne begehen durften.

Alles fliesst: Zwei gewichtige Wechsel wurden im Berichtsjahr bekannt. Einerseits wurde Monika Litscher zur neuen Direktorin gewählt. Sie übernimmt das Amt 2025 von Martin Flügel. Andererseits habe ich mich dazu entschieden, mein Amt als Stadtpräsident von Frauenfeld auf Mai 2025 niederzulegen. Entsprechend kann ich auch nicht mehr Präsident des Städteverbands bleiben und freue mich darauf, dieses Amt 2025 in neue Hände übergeben zu können. An dieser Stelle möchte ich allen, die zum Gelingen der Arbeit des SSV beitragen, herzlich danken.

Auch 2025 stehen für den Städteverband grosse Herausforderungen an. Wir werden das Jubiläum des Artikel 50 der Verfassung begehen; jenes Artikels, der die Grundlage der Einbindung der Städte und Gemeinden in die Bundespolitik ist. 25 Jahre nach seiner Einführung besteht aus Sicht der Städte noch Optimierungsbedarf und wir wollen das Jubiläum nutzen, um darauf aufmerksam zu machen. Weiter steht der Städteverband vor einer Optimierung seines Auftritts. Wir wollen die Schweizer Stadt mit stärkeren Botschaften und Bildern ins rechte Licht rücken und ihre Sichtbarkeit erhöhen. Wir werden uns also auch im 2025 verändern. Alles fliesst.

Ich wünsche Ihnen eine
interessante Lektüre

Anders Stokholm
Präsident des Städteverbandes

A winter scene with a snow-covered tree, a distant town, and a snow-covered chair in the foreground. The tree is a large, bare deciduous tree covered in a thick layer of snow. In the background, a small town with a church spire is visible on a hill. The foreground shows a snow-covered field with some dry grass and a metal chair covered in snow.

12. Februar 2024

Die Städte wollen stabile Beziehungen mit der EU. Sie befürworten in einer Stellungnahme die Absicht des Bundes, ein Stromabkommen anzustreben. Dies muss eine attraktive und sichere Grundversorgung gewährleisten



Energie und Klima

Die Städte sind dem Klimawandel besonders ausgesetzt und von den immer häufiger auftretenden Extremereignissen stark betroffen. Sie setzen sich aktiv gegen den Klimawandel ein und verfolgen häufig ambitionierte selbstgesetzte Ziele. Für eine nachhaltige Klimapolitik ist unter anderem der Ausbau erneuerbarer Energien unverzichtbar. Die Städte haben als Eigentümerinnen von Energieversorgungsunternehmen spezifische Interessen.

Aktionsplan zur Strategie Biodiversität Schweiz II

Die Schweiz verpflichtet sich, die biologische Vielfalt zu schützen und zu fördern. Seit 2012 besteht deshalb eine nationale Strategie Biodiversität. Deren zweiter Aktionsplan soll die Umsetzung in der Zukunft festlegen. Im Rahmen der Konsultation kritisiert der Städteverband insbesondere die viel zu knappen finanziellen Mittel für die Umsetzung. Aus Sicht der Städte kann der Aktionsplan auf einer solch minimalen finanziellen Basis nur wenig bewirken.

Umweltschutzgesetz-Revision

Mit einem revidierten Umweltschutz will der Bundesrat belastete Böden rascher sanieren. Zentral ist aus Sicht des Städteverbands die Pflicht zur Sanierung der

belasteten Standorte bei öffentlichen Spielplätzen und Grünflächen. Aber auch die Bundesabteilungen für Altlasten-Standorte, die durch Löschschaum belastet oder durch eine Kehrichtverwertungsanlage verunreinigt wurden, sind für die Städte wichtig.

Die Anpassungen im Bereich Lärmschutz sind aus städtischer Sicht gescheitert. Die lange erwartete Revision will die städtischen Anliegen, die Lärmschutz und Stadtentwicklung zusammen betrachten, auf bewährter Praxis aufgebaut und damit eine Stärkung des Stadtraums gebracht hätte, nicht berücksichtigen. Stattdessen werden kontrollierte Lüftungen eingeführt und nicht der Lärm an der Quelle bekämpft.

Mobilfunk

In einem Urteil vom April 2024 ist das Bundesgericht zum Schluss gekommen, dass es für die Aufschaltung des Korrekturfaktors bei einer bestehenden Mobilfunk-Antenne ein ordentliches Baubewilligungsverfahren braucht. Die bisherige Praxis bezüglich Bewilligungspflicht ist somit nicht mehr anwendbar und eine Änderung der Verordnung über den Schutz vor nichtionisierender Strahlung (NISV) absehbar. Der Städteverband wird sich auch im Rahmen der Austauschplattform «Mobilfunk der Zukunft» beim Bundesamt für Umwelt (BAFU) für den Schutz vor Mobilfunkstrahlung einsetzen.



NETZWERK

Energie- und klimapolitische Kommission (EKK)

Die EKK ist ein Zusammenschluss von Stadträtinnen und -räten (Exekutivmitglieder), die für die Energie- und die Klimapolitik zuständig sind. Städte spielen als Eigentümerinnen von Energieversorgungsunternehmen, durch planungs- und bewilligungsrechtliche Vorgaben, Förderprogramme und Bestrebungen zur CO₂-Reduktion eine zentrale Rolle in der Energie- und Klimapolitik. Die EKK bietet einen Erfahrungs- und Wissensaustausch auf politischer Ebene, begleitet die Politik des Bundes oder erarbeitet Grundlagen für gemeinsame Positionen. 2024 erarbeitete und publizierte die EKK ein Grundlagenpapier zu den Klimastrategien der Städte. Es soll klären, welche Faktoren die klimapolitischen Bemühungen der Städte unterstützen und welche sie hemmen. Weiter tauschte sich die EKK zum geplanten Stromabkommen mit der EU aus.



Im Themenfeld Umwelt hat sich der Städteverband zusammen mit seiner Sektion Schweizerischer Verband Kommunale Infrastruktur SVKI positioniert.

Siedlungsabfallmonopol

Eine unkontrollierte Liberalisierung des kantonalen Siedlungsabfallmonopols ist nicht zielführend. Die Städte haben sich deshalb dafür eingesetzt, dass eine allfällige Lockerung an klare Rahmenbedingungen gekoppelt ist. Dank diesen wird nun eine funktionierende Kreislaufwirtschaft mit Einbezug der öffentlichen Hand gewährleistet werden. Ebenso soll damit die Finanzierung der Entsorgungsinfrastruktur sowie des mit der Abfallentsorgung verbundenen Arbeitsaufwands der Gemeinden langfristig gesichert werden.

Revision des Stromgesetzes

Das Schweizer Stimmvolk nahm am 9. Juni 2024 die Revision des Stromgesetzes an und hat damit einen wichtigen Schritt in Richtung einer sicheren und klimaneutralen Schweizer Energieversorgung getätigt. Der Städteverband setzte sich aktiv für die Annahme der Vorlage ein.

Revision des CO₂-Gesetzes

Die im Frühling 2024 durch das Parlament verabschiedete Revision des CO₂-Gesetzes ist aus Sicht des Städteverbands unbefriedigend. Der Inlandanteil zur Verminderung der Treibhausgasemissionen in der CO₂-Verordnung ist auf mindestens 75 % für das Jahr 2030 zu erhöhen. Zudem sollen die Sektoren Gebäude und Verkehr bis 2030 deutlich mehr zu den Zielen beitragen müssen.



NETZWERK

Schweizerischer Verband Kommunale Infrastruktur (SVKI)

Der SVKI ist eine Sektion des Städteverbandes und Partner des Schweizerischen Gemeindeverbandes. Er setzt sich fachlich und politisch für ein nachhaltiges Management der kommunalen Infrastrukturen ein. Mitglieder des SVKI sind knapp 300 Städte, Gemeinden, Zweckverbände, Kantone und Gönner der Privatwirtschaft. Der SVKI arbeitet sehr eng mit dem Städteverband zusammen, namentlich in den Bereichen Klimaschutz, Umwelt und Energie. Im Jahr 2024 setzten sich die beiden Verbände unter anderem für den Gegenvorschlag zur Biodiversitätsinitiative ein sowie für die Beibehaltung des kantonalen Abfallmonopols im Rahmen der parlamentarischen Initiative zur Stärkung der Schweizer Kreislaufwirtschaft. Ebenfalls engagierten sich die Kommunalverbände bei der USG-Revision hinsichtlich belasteter Standorte.



Thermische Netze

Städte und städtische Energieversorgungsunternehmen stellen die lokale Wärmeversorgung auf erneuerbare Energien um, insbesondere mittels thermischer Netze (Fernwärme). Diese sind in dicht besiedelten Gebieten eine sinnvolle Heizungs-methode, bedeuten aber im Auf- bzw. Ausbau hohe Investitionen und finanzielle Risiken. Der Städteverband fordert Massnahmen zur Absicherung dieser für den Klimaschutz relevanten Investitionen im Rahmen seiner Stellungnahme zur Klima- und Innovationsverordnung KIV. Über eine entsprechende Charta sowie Leitfäden und weitere Hilfsmittel setzt sich der Städteverband für die Beschleunigung des Ausbaus thermischer Netze ein.

«Grundlagenpapier Klima-strategien der Schweizer Städte»

Ein im Mai 2024 veröffentlichtes Grundlagenpapier bietet eine Übersicht über die Klima-strategien der Städte und analysiert fördernde und hemmende Faktoren. Zudem bildet es die Basis für zwei zurzeit entstehende Positionspapiere des Städteverbands zu «Klimaschutz» und «Klimaanpassung».

Klimaanpassung

Städte sind vom Klimawandel stark betroffen und ergreifen umfangreiche Massnahmen, um den negativen Auswirkungen, zum Beispiel andauernde Hitze, entgegenzuwirken. Da die Massnahmen sehr komplex und kostenintensiv sind, sind die Städte auf den Bund angewiesen, um diese wirksam umsetzen zu können. Im Rahmen seiner Stellungnahme zu den Ausführungsbestimmungen zum CO₂-Gesetz nach 2024 begrüsst der Städteverband die vorgesehene Förderung für Massnahmen zur Anpassung an den Klimawandel ausdrücklich. Er fordert, dass der Bund genügend finanzielle Mittel zur Verfügung stellt, um die geplante Finanzierung von Anpassungsmassnahmen für alle unterstützungswürdigen Projekte zu garantieren.

Der Städteverband begrüsst zudem das im Rahmen der Klimaschutz-Verordnung KIV seitens Bundesamt für Umwelt (BAFU) geplante Netzwerk zur Stärkung des Vollzugs, Wissenstransfers und der Koordination in der Anpassung an den Klimawandel. Der Bund soll zusammen mit den Städten Standards und Normen für Planungs- und Bauaufgaben festlegen, beispielsweise für Klima-analysenkarten. Zudem gilt es Klimaanpassung in Aus- und Weiterbildungsangeboten zu integrieren, so dass zukünftige Berufsleute befähigt sind, zukunfts-fähige Entscheide mit Blick auf die Anpassung an den Klimawandel treffen zu können. ♦

Stadtentwicklung

Stadtentwicklung

Der Städteverband setzt sich – im Berichtsjahr insbesondere im Rahmen des Umweltschutzgesetzes (USG) – intensiv für eine qualitativ hochwertige Stadtentwicklung ein, die den Lärmschutz berücksichtigt. Die Innenentwicklung und die Wohnungsknappheit erfordern eine erhöhte Bautätigkeit im urbanen Raum. Viele Projekte sind jedoch durch Einsprachen wegen Lärm blockiert. Damit die Bewilligungsfähigkeit erhöht und gleichzeitig die Lebensqualität der Stadtbevölkerung garantiert wird, muss der Lärm an der Quelle reduziert werden.

Das effektivste, einfachste und günstigste Mittel ist die Reduktion des Geschwindigkeitslimits auf Tempo 30 im Strassenverkehr, dem mit Abstand grössten Lärmverursacher. Der Städteverband brachte seine Anliegen im Berichtsjahr medial und auf parlamentarischer Ebene ein. Dabei ist es nicht gelungen, die Anliegen einer Lärmreduktion an der Quelle zu verankern. Vielmehr galt es für den Erhalt der Möglichkeit einer Temporeduktion als etablierte und verbriefte Massnahme zu kämpfen. Zugleich wurde die von den Städten getragene Lüftungsfenster-Praxis verworfen. Künftig darf mit Kontrolllüftungen gebaut werden. Damit werden die Ziele der Stadtentwicklung torpediert, der Stadtraum geschwächt und die Interessen der Bevölkerung der Städte zu wenig beachtet.

Der Städteverband führte im November einen Anlass zum Stadtentwicklungsmanifest Urbanistica durch. In einer Diskussionsrunde wurde das Manifest einem Realitätscheck unterzogen, um festzustellen, welche Massnahmen sich wirklich umsetzen lassen.

Agglomerationspolitik

Die urbane Schweiz entwickelt sich räumlich nach innen. Die Agglomerationen entwickeln sich dadurch in Zukunft noch stärker. Auch 2024 hat sich der Städteverband für eine wirksame Agglomerationspolitik eingesetzt, um diese für die Schweiz entscheidenden Räume auf die politische Landkarte zu bringen.

Die Konsultation zur Agglomerationspolitik AggloPol 24+ endete Anfang 2024. Im Anschluss daran hat der Bundesrat seinen Bericht mit einer Strategie bis 2031 und einem Aktionsplan verabschiedet. Der Aktionsplan führt drei bestehende Massnahmen fort, so die Weiterentwicklung des Programms Agglomerationsverkehr, das Programm Modellvorhaben nachhaltige Raumentwicklung und im Bereich des Wissensmanagements die Plattform regionsuisse, das vom Städteverband geführte Netzwerk Lebendige Quartiere, den Cercle Régional sowie das Monitoring der räumlichen Entwicklung in der Schweiz. Dazu kommen verschiedene neue Massnahmen, wie z.B. der Transfer der Erfahrungen aus den Modellvorhaben.



NETZWERK

Das Zentrum öffentlicher Raum (ZORA)

Die Herausforderungen sind gross: Städte werden dichter, immer mehr Menschen teilen sich immer weniger Platz. Zeitgleich wachsen die Ansprüche nach mehr Lebens- und Aufenthaltsqualität und die Auswirkungen des Klimawandels bringen zusätzlichen Handlungsbedarf. Das ZORA, eine Kommission des Städteverbandes und ein Think Tank für die Zukunft des öffentlichen Raums in den Städten, will auf diese Herausforderungen reagieren. Es bietet Städten eine Plattform für Vernetzung, Erfahrungsaustausch, Wissenstransfer und die Erarbeitung fachlicher Grundlagen. Im 2024 bestimmte ZORA für seine Arbeiten die Schwerpunktthematik Aneignung des öffentlichen Raums.



Raumentwicklung

Das Raumkonzept Schweiz besteht seit mehr als zehn Jahren als Orientierungsrahmen für die raumwirksamen Tätigkeiten von Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden. Seit seiner Entstehung haben verschiedene Themen an Bedeutung gewonnen, so der Klimawandel, das Artensterben, die Energieversorgung oder der gesellschaftliche Wandel. Deswegen ist eine Aktualisierung angezeigt.

Die tripartite Arbeitsgruppe und strategische Leitung, in denen Delegationen des Städteverbandes mitwirkten, führten ihre Arbeiten im Berichtsjahr weiter. Anfangs Jahr beteiligte sich der Städteverband an der Konsultation zur inhaltlichen Ausrichtung. In der Folge wurde das Dokument im Hinblick auf die breite Konsultation ab Dezember 2024 inhaltlich und redaktionell überarbeitet.

Bauen ausserhalb der Bauzonen betrifft die Städte nur am Rande. Der Städteverband hat sich deshalb zur zweiten Etappe der Revision des Raumplanungsgesetzes nur zurückhaltend geäussert. Zusammen mit den Kantonen wehrte er sich jedoch intensiv gegen einen am Ende vom Parlament angenommenen, themenfremden Einzelantrag. Mit diesem sind die Kantone beim Mehrwertausgleich von Bundesrechts wegen neu nur noch zur Umsetzung der Minimalregelung (20 % bei Einzonungen) verpflichtet.

Die noch junge Arbeitsgruppe Stadtplanung behandelte das Thema «ISOS» und die für die Städte äusserst schwierige Situation bei dessen Direktanwendung. Der Vorstand beauftragte die Geschäftsstelle in der Folge, den Dialog mit den unterschiedlichen Akteurinnen zu intensivieren und konkrete Lösungsansätze vorzustellen.

Tripartite Konferenz (TK)

Die TK traf sich 2024 zu zwei Plenumssitzungen und setzte dabei verschiedene Projekte aus dem Arbeitsprogramm 2022–2026 weiter um, so den «Tripartiten Dialog qualitätsvolle Innenentwicklung», «Biodiversität und Landschaftsqualität in Agglomerationen fördern», die «Tripartite Koordination für die Umsetzung der Agenda 2030» sowie die Vorbereitung der «Nationalen Tagung über das Zusammenleben und den Zusammenhalt». Die TK diskutiert auch über mögliche Nachfolgelösungen für den «Impuls Innenentwicklung», der 2025 enden wird. ♦



NETZWERK

Netzwerk Lebendige Quartiere (NLQ)

Das NLQ ist die nationale Austauschplattform für Fachleute aus Städten, Verbände und Hochschulen zu verschiedenen Aspekten der Quartierentwicklung, wie Wohnen, Partizipation oder sozialen Zusammenhalt. Der Städteverband führt das Netzwerk im Auftrag des Bundesamts für Raumentwicklung (ARE) und des Bundesamts für Wohnungswesen (BWO). 2024 führte das NLQ mehrere Veranstaltungen durch, zum Beispiel zu Aufgaben und Herausforderung der Quartierarbeit in Neubausiedlungen. Ein wichtiges Thema ist die Wohnungsknappheit. Vor diesem Hintergrund führte der Städteverband gemeinsam mit dem Schweizerischen Gemeindeverband eine Umfrage zu den verschiedenen Tools der Innenentwicklung durch.



Wohnen

Positionspapier «Städtische Wohnpolitik: Ziele, Anliegen und Spielräume»

Der Städteverband hat im März 2024 ein Positionspapier zur städtischen Wohnpolitik veröffentlicht. Aufgrund der Wohnungsknappheit und den damit den einhergehenden Herausforderungen werden die Städte noch wichtigere wohnpolitische Akteurinnen. So fordern die Städte die Stärkung der Mietenden und ein kommunales Vorkaufsrecht auf Boden und Immobilien. Das Positionspapier zeigt auch städtische Handlungsfelder und Spielräume auf. Ziel der städtischen Wohnpolitik bleibt eine ausgewogene Wohnraumversorgung für sämtliche Bevölkerungsgruppen sowie nachhaltige Siedlungsentwicklung.

Vernetzung

Was lässt sich gegen Wohnungsknappheit tun? Aus dem durch Bundesrat Guy Parmelin organisierten runden Tisch zur Wohnungsknappheit entstand 2024 ein Aktionsplan zum Thema. Der Städteverband engagiert sich für dessen Umsetzung.

Der Städteverband ist Partner des wohnungspolitischen Dialogs Bund-Kantone-Städte und beteiligt sich an den Wohnnetz-Treffen des Bundesamts für Wohnungswesen BWO sowie seit 2023 auch im «Réseau logement». Auch dort wurden u.a. der Umgang mit sanierungsbedürftigen Bestandesbauten diskutiert, ausserdem wurden das deutschsprachige Wohnnetz und das französischsprachige Réseau logement zum ersten Mal zu einem Austausch zur Kommunale Wohnungspolitik jenseits des Röstigrabens zusammengeführt.

Wohnungspolitik

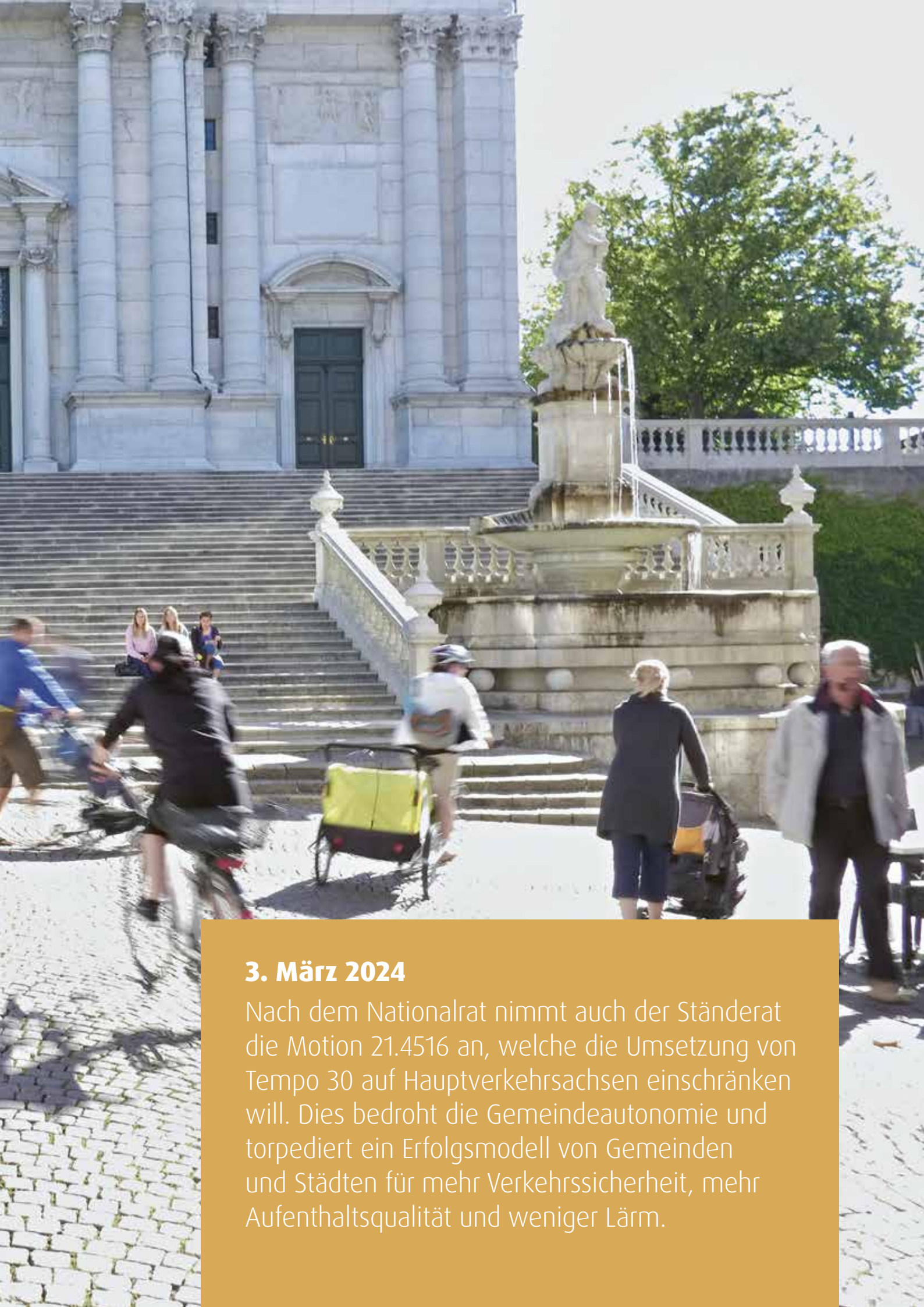
Der Städteverband setzte sich im Berichtsjahr auf parlamentarischer Ebene durch die Sessionsvorschau, Mailings und Vernehmlassungen zu Massnahmen für eine Stärkung der Mietenden, ein kommunales Vorkaufsrecht und mehr zahlbaren Wohnraum ein.

Der Städteverband setzte sich, wenn auch erfolglos, für diverse Vorstösse ein, insbesondere zwei, die die Einführung eines kommunalen Vorkaufsrechts zum Ziel hatten, sowie Vorlagen zu mehr Transparenz im Mietrecht.

Zudem empfahl der Städteverband, die beiden Mietrechtsvorlagen abzulehnen, was das Volk im November 2024 tat. Beide Änderungen des Obligationenrechts hätten die Rechte der Mieterinnen und Mieter geschwächt und Kündigungen von bestehenden Mietverträgen erleichtert. Aufgrund der schwierigen Lage auf dem städtischen Mietwohnungsmarkt ist für die Städte vielmehr die Stärkung der Mieterinnen und Mieter erstrebenswert. ♦

Aktionsplan zum
Thema Wohnungs-
knappheit:





3. März 2024

Nach dem Nationalrat nimmt auch der Ständerat die Motion 21.4516 an, welche die Umsetzung von Tempo 30 auf Hauptverkehrsachsen einschränken will. Dies bedroht die Gemeindeautonomie und torpediert ein Erfolgsmodell von Gemeinden und Städten für mehr Verkehrssicherheit, mehr Aufenthaltsqualität und weniger Lärm.

Mobilität

Mobilität ist eine Voraussetzung gesellschaftlicher Aktivität und wirtschaftlicher Tätigkeit und damit zentral für Städte. Sie sind dann attraktiv und lebenswert, wenn der Verkehr umweltfreundlich, platzsparend und flächeneffizient ist und es erlaubt, schnell von A nach B zu kommen. Die kluge und einfache Vernetzung von kollektiven und individuellen Verkehrsangeboten kann Transportketten schaffen, in denen jedes Verkehrsmittel seine spezifischen Stärken ausspielt und durch die sich Ineffizienzen minimieren lassen. In einem grösseren Kontext müssen die Städte untereinander vernetzt und gut erreichbar sein.

Positionspapiere «Für eine effiziente, umwelt- und sozialverträgliche urbane Mobilität»

Im März 2024 hat der Städteverband das Positionspapier «Für eine effiziente, umwelt- und sozialverträgliche urbane Mobilität» publiziert und damit die Grundlagen für die Verkehrspolitik des Verbandes weiterentwickelt und geschärft. Das Positionspapier zeigt die Bedeutung einer ganzheitlichen urbanen Verkehrspolitik auf, die ökologischen, sozialen und wirtschaft-

lichen Nachhaltigkeitszielen gleichermaßen Rechnung trägt. Dabei spielt das Prinzip der Flächeneffizienz die zentrale Rolle. Eine übergeordnete Forderung des Positionspapiers lautet, dass die Städte über einen möglichst grossen Handlungsspielraum bei der Ausgestaltung der Mobilität verfügen sollen.

Städte bleiben ungehört

Trotz lautem Protest der Städte entschied das Parlament im Berichtsjahr gleich zweimal gegen die Interessen der städtischen Verkehrspolitik:

Mit der Annahme der Motion 21.4516 «Hierarchie des Strassennetzes innerorts und ausserorts sichern» soll die Einführung von Tempo 30 auf Hauptverkehrsstrassen erschwert werden. Das Anliegen steht konträr zu den Zielsetzungen der Städte, die Verkehrssicherheit zu erhöhen, die Bevölkerung vor Lärm zu schützen und die Aufenthaltsqualität zu erhöhen. Zudem untergräbt die Forderung die Gemeindeautonomie. Der Städteverband wird nun darauf achten, dass die Interessen der Städte bei der Umsetzung der Motion bestmöglich berücksichtigt werden.



NETZWERK

Schweizerische Städtekonferenz Mobilität (SKM)

Insgesamt 20 Schweizer Städte sind Mitglieder der SKM, einer Sektion des Schweizerischen Städteverbandes. Sie setzen sich ausgehend von der «Charta für eine nachhaltige städtische Mobilität» gemeinsam für einen Stadtverkehr ein, der den hohen Ansprüchen an die Lebensqualität im dicht besiedelten Raum genügt. Der Vorstand setzt sich aus Verkehrsvorsteherinnen und -vorstehern aus dem Kreis der Mitgliedstädte zusammen.

Im Herbst 2024 publiziert die SKM das Positionspapier «Automatisiertes Fahren und urbane Mobilität»; denn die Einführung automatisierter Fahrzeuge stellt die Städte vor Herausforderungen. Insbesondere muss geklärt werden, wie automatisiertes Fahren in Einklang mit verkehrspolitischen Zielen, wie der Reduktion des Flächen- und Energieverbrauchs, in Einklang gebracht werden kann. Das Positionspapier zeigt Chancen, Risiken und Erwartungen der Städte in diesem Zusammenhang auf.



Auch bei der Revision des Umweltschutzgesetzes hat das Parlament dem Anliegen der Städte nicht Rechnung getragen. Statt den Lärm möglichst an der Quelle, nämlich beim Verkehr, durch Temporeduktionen zu bekämpfen, wird der Lärmschutz aufgeweicht. Die Leidtragenden sind damit die Bewohnerinnen und Bewohner, deren Lebensqualität sich verschlechtert. Lärm schadet der Gesundheit und sorgt gemäss Bundesamt für Umwelt für 2,8 Milliarden Franken volkswirtschaftliche Kosten pro Jahr.

Diverse Projekte

- Im Rahmen des im Herbst vorgestellten Entlastungspakets des Bunds sind diverse Kürzungen im Verkehrsbereich vorgesehen. Bereits vor der Vernehmlassung hat der Städteverband in einem Brief an Bundesrat Rösli gefordert, die vom Bundesrat beschlossene Kreditsperre für die **Förderung von E-Bussen** zu lösen und weiterhin zu fördern.
- Das **Programm Agglomerationsverkehr (PAV)** unterstützt Städte und Agglomerationen finanziell bei Verkehrsprojekten und der Abstimmung von Siedlung und Verkehr. Im Hinblick auf die sechste Generation wurden die Bedürfnisse der Städte mittels Umfrage abgeholt; viele sind inzwischen in den Entwurf der Richtlinien eingeflossen (u.a. Wegfall Malussystem, Flexibilisierung Fristen, Reduktion Arbeitsaufwand, Mitfinanzierung von Elementen zur Klimaanpassung in der Verkehrsinfrastruktur).
- Der Städteverband ist Partner des **Netzwerkes Verkehrsdrehscheiben** und hat die Tagung «Verkehrsdrehscheiben: Motor für eine qualitätvolle Stadtentwicklung» vom 29. Oktober in Genf mitorganisiert. Knapp 20 Städteverbands-Mitglieder und etwa 40 Fachleute von Kantonen, Verkehrsbetrieben oder aus Büros nahmen an der Tagung teil.
- Im Februar 2024 haben das Bundesamt für Verkehr (BAV) und das Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) die Anhörung zum **Sachplan Verkehr, Teil unterirdischer Gütertransport (SUG)**, eröffnet. Der Städteverband ist zusammen mit der Stadt Zürich in der politisch-strategischen Koordination (PSK) vertreten. Zürich zeigte sich kritisch gegenüber den auf Stadtgebiet geplanten Logistik-Hubs.
- Weiter stand der Städteverband im Austausch mit der Post und diversen Städten bezüglich eines **Pilotprojektes mit Paketboxen**. Auch mit dem ARE – das innerhalb der Bundesverwaltung den Lead im Wirtschaftsverkehr inne hat – steht der Städteverband rund um das Thema Wirtschaftsverkehr im Austausch.
- Die neue **Spartageskarte «Gemeinde»**, bei deren Entwicklung der Städteverband gemeinsam mit dem Gemeindeverband mitgewirkt hat, wurde anfangs Jahr eingeführt. Eine erste Bilanz seitens Städte fällt positiv aus. Der Städteverband steht weiterhin in Kontakt mit den Verantwortlichen für die weitere Optimierung des Produkts.
- Die Fachgruppe der Stadt- und Gemeindeingenieure FG-SGI hat die Erarbeitung einer **Orientierungshilfe für eine partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Städten und SBB** rund um die Entwicklung von Verkehrsdrehscheiben in Auftrag gegeben. ♦

Finanzen und Wirtschaft

Die Städte sind die wirtschaftlichen Leistungsträgerinnen der Schweiz. Knapp 85% der Schweizer Wirtschafts- und Finanzkraft wird hier generiert. Damit die Zentren wirtschaftlich attraktiv bleiben, müssen die Standortvorteile gepflegt werden. Dafür braucht die Schweiz eine Steuer-, Finanz- und Wirtschaftspolitik, die die Bedürfnisse der Städte berücksichtigt.

Entlastung des Bundeshaushaltes

Der Bund möchte sparen und hat dazu im Herbst 2024 eine erste Version des Entlastungspakets präsentiert. Bereits der erste Bericht machte klar, dass zahlreiche Massnahmen zu einer Lastenverschiebung auf die Kantone und auf die Städte führen wird. Betroffen ist praktisch jeder Bereich der Gesellschaft: Weniger Geld für den öffentlichen Verkehr, für Integration und Soziales, für Bildung, Forschung und Innovation, für Klimaschutz, für Kultur, für die Sportförderung, oder Medienförderung. Das sind nur einige Beispiele der langen Liste. Viele der Massnahmen würden zu unmittelbaren Leistungskürzungen bei der städtischen Bevölkerung führen. Die Städte werden die Auswirkungen direkt vor Ort sehen und Aufgaben, die der Bund nicht mehr übernimmt, selbst stemmen müssen. Wälzt der Bund finanzielle Lasten auf andere Staatsebenen ab und nimmt seine Aufgaben nicht mehr wahr, muss dies einher-

gehen mit mehr Kompetenzen bei jenen, die die Last übernehmen. Die Sparpläne des Bundes laufen nicht nur den Anforderungen einer innovativen, städtischen und sozialen Gesellschaft entgegen, sondern hindern Innovation und bremsen die Wirtschaft. Der Städteverband hat sofort reagiert, seinen Unmut über das einseitige Manöver und die skizzierten Massnahmen kundgetan und dem Bundesrat seine Bereitschaft und sein Anliegen signalisiert, an der Diskussion über eine gemeinsame Finanz- und Sparpolitik, die alle Staatsebenen betrifft, mitwirken zu wollen. Leider fand das Anliegen der Städte kein Gehör, das Entlastungspaket kommt im 2025 in die Vernehmlassung.

Individualbesteuerung

Im Frühling hat die Konferenz der Städtischen Finanzdirektorinnen und -direktoren KSFD eine Positionierung zur Individualbesteuerung ausgearbeitet, welche durch den KSFD-Vorstand sowie den Vorstand des Städteverbandes verabschiedet wurde. Die Städte konnten ihre Position im Rahmen einer Anhörung in der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrats präsentieren. Der Städteverband setzte sich für die Einführung der Individualbesteuerung im Rahmen des indirekten Gegenvorschlags ein, möchte aber die Mindereinnahmen begrenzen.

Aufgaben- und Finanzierungsentflechtung

Bund und Kantone bekräftigen seit einiger Zeit den klaren politischen Willen, die im Rahmen des Nationalen Finanzausgleichs (NFA) begonnene Aufgaben- und Finanzierungsentflechtung weiterzuführen. Der SSV und die KSFD hat mehrmals das Anliegen geäussert, ebenfalls im Projekt mitwirken zu können. Am 19. September 2024 hat der Städteverband eine Einladung von der Eidgenössischen Finanzverwaltung (EFV) und der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) zur Projektmitwirkung erhalten. Anders Stokholm, Präsident des Städteverbands, wird die Interessen der Städte im politischen Entscheidungsgremium vertreten.

Eigenmietwertbesteuerung und Objektsteuer

Das Parlament hat in der Wintersession dem Systemwechsel bei der Wohneigentumsbesteuerung zugestimmt. Sowohl bei Erst- wie bei Zweitwohnungen entfällt keine Eigenmietwertbesteuerung mehr. Die Räte verknüpfen dies mit einer Objektsteuer auf Zweitliegenschaften, damit die Kantone die Möglichkeit haben, die durch die Abschaffung des Eigenmietwerts entstehenden Mindereinnahmen zu kompensieren. Allerdings werden auch damit die Kassen der Städte belastet und die Mietenden gegenüber den Besitzenden benachteiligt. Aufgrund der Verfassungsänderung wird es zum obligatorischen Referendum kommen, bei welchem es die Zustimmung von Volk und Ständen braucht. ♦



NETZWERK

Konferenz der städtischen Finanzdirektorinnen und -direktoren (KSFD)

Die KSFD ist eine Sektion des SSV mit 39 Mitgliedern. Auf Ende 2024 traten mit Michael Aebersold (Bern) und Urs Marti (Chur) zwei langjährige KSFD-Vorstandsmitglieder aufgrund der Niederlegung ihres städtischen Amtes zurück. An der Mitgliederversammlung 2025 werden Ersatzwahlen stattfinden.

Die KSFD äussert sich als städtische Stimme zu finanz- und steuerpolitischen Themen und Vorlagen. Die KSFD setzt sich für eine ausgeglichene Finanz- und Steuerpolitik sowie für einen fairen Lastenausgleich zwischen den Staatsebenen ein. Zudem organisiert sie eine jährliche Fachveranstaltung, die den Mitgliedern als Plattform für den Erfahrungsaustausch dient. Die KSFD hatte im Jahr 2024 eine Studie zum Thema Bevölkerungsentwicklung in den Schweizer Städten mandatiert. Passend zur Studie fand eine Fachveranstaltung zum Thema statt, an der EBP Schweiz die Ergebnisse der Studie präsentierte und konkrete Praxisbeispiele diskutierte.

Im November trafen sich die Vorstände der KSFD und der Finanzdirektorenkonferenz (FDK) zum ersten Mal. In vorherigen Jahren beschränkte sich das Treffen auf die jeweiligen Präsidien. Die Themen des Austausches waren u.a. die Individualbesteuerung, die Sparpakete des Bundes und das Projekt Entflechtung 2027.



23. April 2024

Die Bevölkerung der Schweiz wächst, insbesondere in den Städten: Vor hundert Jahren lebte ein Drittel der Schweizer Bevölkerung im städtischen Raum, heute sind es drei Viertel. Die 86. Ausgabe der Publikation «Statistik der Schweizer Städte» widmet sich dem Schwerpunkt «Bevölkerungsentwicklung im Laufe der Zeit».





Soziales, Gesundheit und Bildung

Betreuung im Alter

Der Bundesrat veröffentlichte 2024 die Botschaft zur Änderung des Bundesgesetzes über die Ergänzungsleistungen zur AHV/IV betreffend die Leistungen für Hilfe und Betreuung zu Hause. Der Städteverband hatte die Thematik bereits in der Sommersession in der parlamentarischen Gruppe Kommunalpolitik aufgenommen und wurde von der zuständigen Kommission im Oktober zur Botschaft angehört. Zudem organisiert der Städteverband im November zusammen mit der Paul Schiller Stiftung und weiteren Organisationen aus dem Altersbereich eine Veranstaltung für Altersverantwortliche aus den Städten, Gemeinden und Kantonen, die sich mit der Rolle ebendieser im Bereich der Betreuung im Alter auseinandersetzt. Die Veranstaltung stiess auf grosses Interesse.

Familienexterne Kinderbetreuung

Die ständerätliche Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur arbeitete weiter an einem alternativen Vorschlag zur dauerhaften finanziellen Beteiligung des Bundes an der familienexternen Kinderbetreuung. Der Städteverband verfolgte das Geschäft eng und äusserte sich in der Vernehmlassung. Auf dieser Grundlage wird er sich auch in die anstehende Weiterführung der parlamentarischen Debatte einbringen.



NETZWERK

Städteinitiative Sozialpolitik

Die Städteinitiative Sozialpolitik ist eine Sektion des Städteverbandes mit 61 Mitgliedern. Vertreten werden die Städte durch die amtierenden Sozialvorsteherinnen und Sozialvorsteher und die für das Sozialwesen zuständigen leitenden Angestellten. Inhaltliche Schwerpunkte sind die soziale Sicherung im Gesamtsystem, die Weiterentwicklung der Sozialhilfe und eine umfassende Integration.

2024 organisierte sie zwei Fachtagungen: Die Frühlingskonferenz in Schaffhausen am 7. Mai beschäftigte sich mit der Gesundheit von Sozialhilfebeziehenden und den Handlungsmöglichkeiten an der Schnittstelle von Sozialhilfe und Gesundheitswesen. Die Herbstkonferenz am 13. September in Genf widmete sich dem Thema der Kinderrechte und ging der Frage nach, wie Städte die Rechte aller Kinder berücksichtigen können. Der alljährliche Kennzahlenbericht zur Sozialhilfe publizierte die SI Sozialpolitik im Oktober. Der Fokus wurde auf die psychische Gesundheit von Sozialhilfebeziehenden gelegt: Die Sozialhilfequoten in den Städten sind so tief wie schon lange nicht mehr. Die städtischen Sozialdienste sind jedoch herausgefordert durch den zunehmenden Anteil von Personen mit psychischen Beeinträchtigungen in der Sozialhilfe.



Nationale Plattform gegen Armut

Als Partner der ersten Stunde machte sich der Städteverband gegenüber Parlament und Bundesverwaltung stark für die Weiterführung der nationalen Plattform gegen Armut. Das Parlament stimmte im Herbst einer Motion zu, welche die Weiterführung der Plattform und eine nationale Strategie gegen Armut fordert. Im Dezember hat der Bundesrat das Konzept für eine nationale Struktur zur Prävention und Bekämpfung von Armut verabschiedet, das diese Forderung aufnimmt.

Gesundheitspolitik

Der Städteverband gab zur Volksabstimmung über die einheitliche Finanzierung von ambulanten und stationären Leistungen (EFAS) eine JA-Parole aus. Nach der Annahme von EFAS wird nun die Finanzierung des Gesundheitswesens fundamental umgebaut. Mit der einheitlichen Finanzierung der Leistungen sollen Kosten gedämpft und Fehlanreize beseitigt werden. ♦



NETZWERK

Städteinitiative Bildung

Die Städteinitiative Bildung ist eine Sektion des SSV, die den Bildungsdirektorinnen und -direktoren diverser Städte eine Plattform zum Austausch bietet. Sie bearbeitet bildungspolitische Fragestellungen, insbesondere der Volksschule, aus Sicht der urbanen Schweiz und hat 33 Mitglieder. In Absprache mit dem Städteverband sorgt sie für eine wirksame Vertretung der bildungspolitischen Anliegen der Städte gegenüber den Kantonen und dem Bund.

Die Frühlingskonferenz 2024 fand am 7. März in St. Gallen statt zum Thema «Mitwirkung verschiedener Akteure: innen für ein gelingendes Lernen». Anlässlich dieser Konferenz fand auch die Jahresversammlung statt und Winterthur übergab das Präsidium an die Stadt Uster. Patricia Bernet, Stadträtin und Schulpräsidentin von Uster wurde als Präsidentin gewählt, die Geschäftsführung übernimmt Markus Zollinger, Leiter der Abteilung Bildung in Uster. Die Herbstkonferenz vom 27. September in Luzern hat das Thema der Frühlingskonferenz noch einmal aufgenommen, diesmal mit dem Fokus auf Schule und soziale Arbeit.



Migration und Integration

Gesamtstrategie Asyl

Das Asylsystem stand weiterhin unter erheblichem Druck. Der Städteverband brachte in den verschiedenen nationalen Gremien und Veranstaltungen die Perspektive und die Anliegen der Städte ein. Der Städteverband beteiligte sich aktiv an den Arbeiten zur von Bundesrat Beat Jans lancierten Gesamtstrategie Asyl.



NETZWERK

Netzwerk Altersfreundliche Städte

Das Netzwerk ist eine Kommission des Städteverbands mit 29 Mitgliedern. Als solche bietet sie ihren Mitgliedern die Möglichkeit für fachlichen Austausch und fördert die Auseinandersetzung mit sich verändernden Bedürfnissen einer alternden Bevölkerung und den daraus resultierenden Erfordernissen für altersfreundliche Städte.

Das Jahresthema des Netzwerks lautete «Alter und Migration». Die Vielfalt der älteren Bevölkerung in der Schweiz zeichnet sich u.a. durch vielfältige Nationalitäten aus. Allerdings bringt der Migrationshintergrund älterer Personen auch spezifische Bedürfnisse mit sich. Das Netzwerk hat sich anlässlich des Stadtbesuchs in Fribourg im Juni mit der Thematik befasst und im November eine Fachtagung dazu organisiert.



Integrationspolitik

Der Städteverband hat dieses Jahr ein Positionspapier zur Integrationspolitik erarbeitet und veröffentlicht. Das Papier hat die verschiedenen Positionierungen der letzten Jahre aufgearbeitet, präzisiert und ergänzt und kann damit als Basis für die anstehenden politischen Debatten dienen. Zudem hat sich der Städteverband gemeinsam mit den städtischen Integrationsdelegierten dafür engagiert, Einsitz zu erhalten in die vom Staatssekretariat für Migration (SEM) und Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) gemeinsam geführte Begleitgruppe KIP/IAS, um die Perspektive der Städte noch besser einbringen zu können. Im November wurde der Städteverband das erste Mal in die Begleitgruppe eingeladen.

Zudem hat der Städteverband im März die städtischen Integrationsdelegierten und die Kulturverantwortlichen zu einem gemeinsamen Austausch eingeladen, um zu diskutieren, wie die beiden Bereiche zusammenarbeiten können, um das Integrationspotential der Kultur und das kulturelle Potential der Migrationsbevölkerung besser nutzen zu können. Der Anlass ist auf grosses Interesse gestossen. ♦



17. Mai 2024

Die Konferenz der städtischen Finanzdirektorinnen und -direktoren KSFD feiert 10-jähriges Bestehen. Gastreferat von Bundesrätin Karin Keller-Suter.

Kultur

Ein vielfältiges und umfassendes Kulturangebot trägt entscheidend zur Attraktivität der Schweizer Städte und ihrer Lebensqualität bei. Rund die Hälfte des Geldes, das das öffentliche Gemeinwesen für Kultur ausgibt, stammt von den Städten. Die Städte sind damit die zentralen Kulturfördererinnen. In den Städten hat Kultur eine besonders grosse Bedeutung. Der Städteverband bringt sich in der ganzen thematischen Breite der Kultur (von einzelnen Disziplinen bis hin zum Kulturerbe, kultureller Vielfalt und Teilhabe, Bau- und Soziokultur usw.) bei den diversen Akteurinnen auf der politischen und fachlichen Ebene ein.



NETZWERK

Städtekonferenz Kultur (SKK)

Die SKK ist eine Sektion des Städteverbandes, die die städtischen Kulturbeauftragten von 34 Städten vereint. Sie bearbeitet kulturpolitische Fragestellungen, fördert den Erfahrungsaustausch sowie die Diskussion unter den Mitgliedern und ihren Kulturverantwortlichen. Ihr kommt somit eine Schlüsselrolle zu, da sie in Absprache mit dem Städteverband die Geschäfte des NKD auf der Fachebene vorbereitet. Die SKK betreibt in Genua, Belgrad, Kairo und Buenos Aires vier Auslandsateliers für Kulturschaffende.

Im Berichtsjahr fanden zwei Delegiertenkonferenzen statt: Am 7. Mai war die SKK im Kornhaus Forum in Bern zu Gast und konzentrierte sich auf die statutarischen Geschäfte. Nach der Delegiertenkonferenz fand zum zweiten Mal ein gemeinsamer Nachmittag mit der KBK statt. Dieser Austausch über die Staatsebene hinweg wurde erneut geschätzt und soll fortgeführt werden.

Am 14. und 15. November wurde die SKK von der Stadt Yverdon-les-Bains empfangen. Neben den statutarischen Geschäften und Informationen aus dem Nationalen Kulturdialog diskutierten die Mitglieder über die Reorganisation der Sektion und die Revision der Statuten. Im Berichtsjahr fand keine Behördenkonferenz statt. Zudem wurde die Thematik der angemessenen Entschädigung im Kultursektor mit Best Practice Beispielen und anschliessenden Diskussionen in Austauschgruppen ins Zentrum gerückt.



Kulturbotschaft 2025–2028

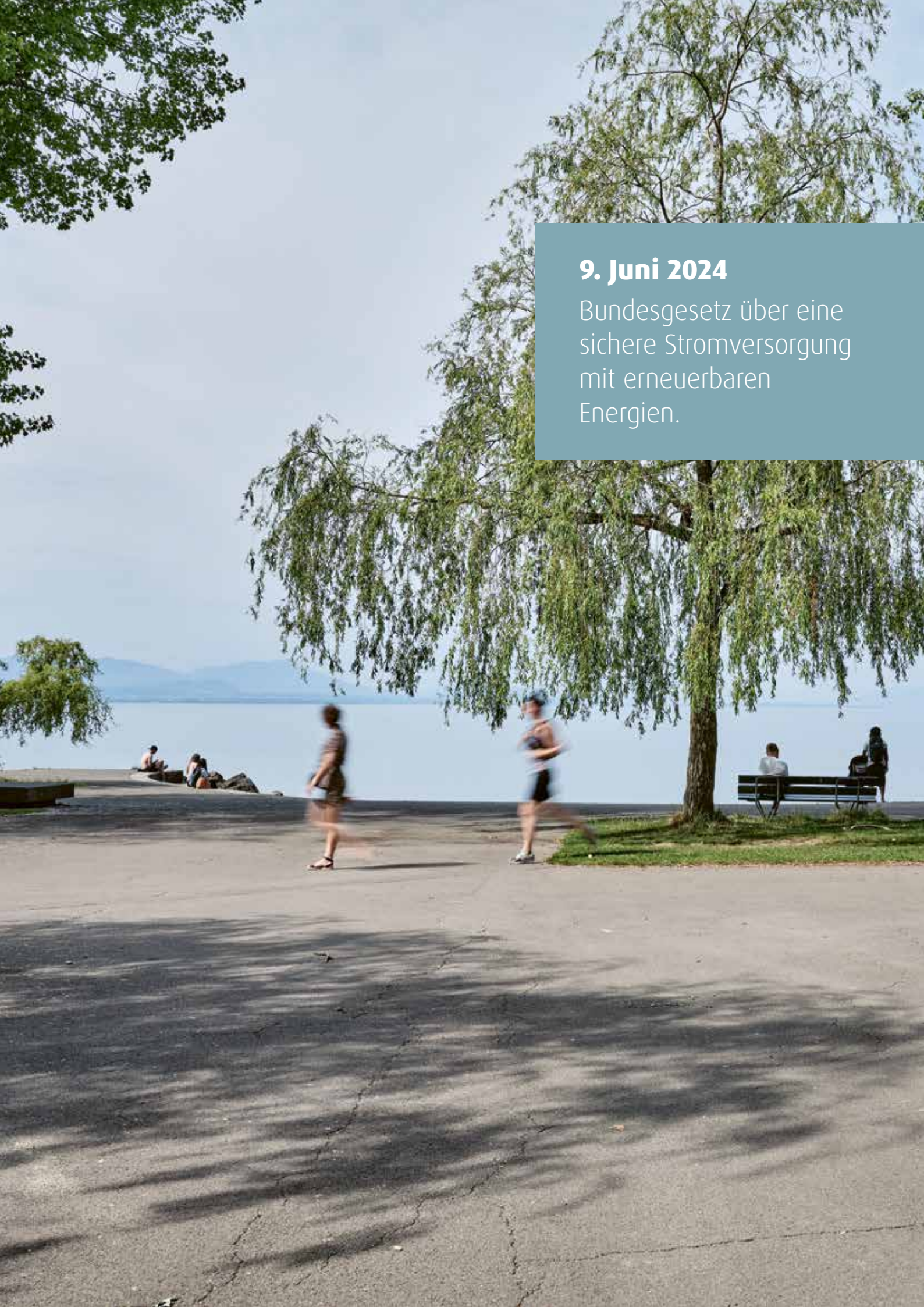
Der Städteverband nahm zusammen mit der Städtekonferenz Kultur SKK an der Anhörung in der Kommission für Wissenschaft Bildung und Kultur des Ständerates teil und machte sich für eine konsistente und auch finanziell adäquat abgestützte Botschaft stark. Der Städteverband stützte den Vorschlag des Bundesrats, sich stärker in der Kulturförderung zu engagieren. Er wies allerdings auch darauf hin, dass der Bund für ein stärkeres und glaubwürdiges Engagement entsprechende finanzielle Mittel bereitstellen müsste.

Die von den Städten unterstützten Anpassungen des Bundesgesetzes über den Natur- und Heimatschutz (NHG) und damit die Verankerung der hohen Baukultur sind im Parlament gescheitert.

Unklar blieb im Berichtsjahr, ob im Kulturgütertransfergesetz die Verankerung einer einseitig aufrufbaren unabhängigen Kommission für historisch belastetes Kulturerbe gelingt. Der Städteverband hat sich wiederholt für einen transparenten und zeitgemässen Umgang mit belastetem Kulturerbe ausgesprochen, um damit die Weichen für eine glaubwürdige und zukunftsfähige Kulturpolitik zu stellen.

Nationaler Kulturdialog NKD

Der Nationale Kulturdialog NKD traf sich zweimal. Dabei stand die Entwicklungen der Kulturbotschaft im Fokus. Zudem wurden die Arbeitsberichte der AG Nationale Strategie Kulturerbe abgenommen sowie Empfehlungen der AG Angemessene Entschädigung für Kulturschaffende und der AG Ökologie im Kulturbereich verabschiedet. ♦



9. Juni 2024

Bundesgesetz über eine
sichere Stromversorgung
mit erneuerbaren
Energien.

Weitere Themen

Digitalisierung

Die Digitale Verwaltung Schweiz (DVS) gestaltet die strategische Steuerung und Koordination der Digitalisierungsaktivitäten von Bund, Kantonen und Gemeinden. Die Städte sind fachlich und politisch gut eingebunden in den verschiedenen Gremien. Themen der DVS werden auch im Austausch mit der Arbeitsgruppe Digitalisierung diskutiert. Diese AG des Schweizerischen Städteverbandes hat 2024 zwei Sitzungen durchgeführt.

Die Vertreter der Städte konnten die Anliegen der Städte erfolgreich in die DVS einbringen: Etwa via externe Evaluation und eine Begleitgruppe äusserten sie Anregungen zur Weiterentwicklung der DVS. Entscheidend ist dabei aus Sicht des Städteverbands, dass die kommunale Ebene bei der Ausarbeitung und Festlegung verbindlicher Standards angemessen einbezogen wird. Im Weiteren hat der Städteverband das Gesetz zum nationalen Adressdienst NAD weiter begleitet. Dieses wurde jedoch im Nationalrat mit dem Argument einer fehlenden Verfassungsgrundlage an den Bundesrat zurückgewiesen. Ein Punkt, auf den der Städteverband bereits in der Vernehmlassung hinwies. Der Entscheid des Ständerats steht noch aus.

Nationaler Adressdienst: Ein nationaler Adressdienst soll Verwaltungsabläufe der Behörden vereinfachen. Auf Antrag des SSV, des Schweizerischen Gemeindeverbandes (SGV) und des Verbandes Schweizerischer Einwohnerdienste (VSED) haben im Oktober Anhörungen in der staatspolitischen Kommission stattgefunden. Die Gemeindeebene erhielt dabei die Gelegenheit, die Parlamentarierinnen und Parlamentarier auf die Anliegen der Städte aufmerksam zu machen. Sie fordern eine finanzielle Entschädigung für die zusätzliche Arbeit, die das neue System mit sich bringen wird.

Europapolitik

Als Zentren für Wirtschaft, Forschung, Innovation, Bildung und Kultur sind die Schweizer Städte auf intakte und stabile Beziehungen mit der EU angewiesen; denn die Verflechtungen zwischen der Schweiz und der EU sind zahlreich und intensiv. Die Städte sind von der schleichenden Erosion der bilateralen Abkommen seit dem Abbruch der Verhandlungen zum institutionellen Abkommen besonders stark betroffen. Der Städteverband erachtet eine Klärung der Beziehungen zur EU als unerlässlich, der Vorstand hat sich daher an einer ausserordentlichen Sitzung am 8. Februar 2024 betreffend Mandat für die Verhandlungen mit der Europäischen Union ausgetauscht und eine Stellungnahme verabschiedet. Darin begrüsst er die Verabschiedung des Entwurfs eines Mandats für Verhandlungen mit der EU durch den Bundesrat ausdrücklich. Insbesondere bezüglich des Stromabkommens hat er jedoch auch klare Anliegen formuliert, die im definitiven Mandat weitestgehend berücksichtigt wurden. ♦



NETZWERK

Konferenz der Städtischen Sicherheitsdirektorinnen und -direktoren (KSSD)

Die KSSD ist eine Sektion des Städteverbandes. Sie richtet sich an Mitglieder von Schweizer Stadtregierungen, die für die Bereiche Polizei und Sicherheit zuständig sind. Ein wichtiger Fixpunkt in der Agenda der KSSD ist jedes Jahr der urbane Sicherheitskongress: Am 8. November fand er zum Thema «Jugend» statt. Dabei wurden diverse Aspekte diskutiert, wie die psychische Gesundheit der Jugendlichen, der Extremismus und Jugendkriminalität.





29. August 2024

Städtetag in Lausanne

Öffentlichkeitsarbeit



Newsletter

Im Newsletter informiert der Städteverband über seine politischen Positionen, das politische Geschehen, teilt Neuigkeiten für das Fachpublikum, berichtet über Veranstaltungen und über das Neueste aus den Sektionen sowie weiteres mehr.



Tägliche Presseschau

Die täglich versandte Presseschau liefert auch 2024 den Mitgliedern zahlreiche Zeitungsartikel, die aus städtischer Sicht von Interesse sind.



«focus» Das Online-Magazin des Schweizerischen Städteverbandes

Anschauliche Beispiele aus den Mitgliedstädten und Interviews mit deren Exekutivmitgliedern veranschaulichen ein Thema, das die Städte bewegt.



Medienarbeit

Der SSV versandte 22 Medienmitteilungen. Die Mediendatenbank «Swissdox» listet für 2024 knapp 1000 Nennungen für «Städteverband» bzw. «Union des villes suisses».

Die Themen 2024:

- 01/2024: Fernwärme
- 02/2024: Modal Split
- 03/2024: Innenentwicklung und Wohnraumversorgung (Städtetag)
- 04/2024: Bevölkerungswachstum: Herausforderung für die Städte
- 05/2024: Gesundheitsförderung



PUBLIKATION

Statistik der Schweizer Städte

Die 86. Ausgabe des Jahrbuchs fokussiert auf die Entwicklung der Jahrbücher und zeigt eindrücklich die Stadtwerdung der Schweiz in Zahlen auf.





Veranstaltungen

Der Städteverband organisiert Veranstaltungen und ist Partner von Events. Er nimmt aktiv an Referaten oder Podiumsdiskussionen teil, an denen er seine Expertise einem interessierten Publikum vermittelt. Mitglieder des Städteverbandes profitieren häufig von vergünstigten Konditionen. 2024 war der Städteverband an insgesamt 16 Veranstaltungen Partner oder Patronatspartner, so z.B. von den Sustainability Days, die DACH-Mobilitätskonferenz, Wohnen für alle oder dem Swiss eGovernment Forum.

An den Fachveranstaltungen «SSV-Info» werden aktuelle Themen in einem persönlicheren Rahmen vertieft behandelt, exklusiv und unentgeltlich für Mitglieder. Im Berichtsjahr gab es gleich zwei solche Veranstaltungen, eine zur Integrationsförderung und kulturelle Teilhabe und eine zum Thema Belebung und Aufwertung der Innenstädte. ♦

8 versandte Newsletter

22 Medienmitteilungen

337 Presseschauen

5 Ausgaben des
Online-Magazins «focus»



24. September 2024

Abschluss Revision des Umweltschutzgesetzes:
Lärmschutz wird auf Kosten der Bautätigkeit
aufgeweicht, die Lebensqualität der Stadtbevöl-
kerung wird geopfert.

Politische Interessenvertretung

Der Städteverband vertritt die Interessen und Anliegen der Städte, Agglomerationen und städtischen Gemeinden in der Bundespolitik. Einerseits pflegt er sein Netzwerk mit der Bundesverwaltung durch zahlreiche Treffen auf Fach- oder Direktionsebene, andererseits bringt er sich aktiv im Parlament ein. Er vertritt seine Positionen mit Schreiben an die Kommissions- und Parlamentsmitglieder, indem er an Hearings der vorberatenden Kommissionen teilnimmt und den persönlichen Kontakt zu den Parlamentarierinnen und Parlamentariern pflegt.

An der «table urbaine» treffen sich SSV-Vertreter mit den Parlamentsmitgliedern. Sie fand 2024 während der Frühlings- und Herbstsession statt. Der Städteverband organisierte zudem zusammen mit dem Schweizerischen Gemeindeverband ein Treffen der parlamentarischen Gruppe Kommunalpolitik zum Thema Betreuung im Alter.

Sessionsvorschau

Der Städteverband veröffentlicht jeweils vor der Session seine Sessionsvorschau zuhanden der Parlamentarierinnen und Parlamentarier. Darin kommuniziert er seine Empfehlungen zu den traktandierten Geschäften, die die urbane Schweiz betreffen. Die Sessionsvorschau ist öffentlich zugänglich und geht auch an die Mitglieder, Medienschaffende und weitere interessierte Kreise.

Vernehmlassungen

Der Städteverband nahm 2024 an insgesamt 51 Vernehmlassungen teil. ♦



11. November 2024

Das Manifest Urbanistica im
städtischen Realitätscheck.



Der SSV 2024

Städtetag in Lausanne

Ein Höhepunkt im Jahr des Städteverbandes ist der alljährliche Städtetag: Neben der formellen Generalversammlung wird jeweils ein Thema zusammen mit zahlreichen hochkarätigen Fachpersonen vertieft. Daneben bleibt an der zweitägigen Veranstaltung Platz, das Netzwerk zu pflegen und die Gastgeberstadt kennenzulernen. 2024 fand der Städtetag in Lausanne statt. Mit Aussicht über den Genfersee trafen sich die Vertreterinnen und Vertreter aus Städten und weitere Fachpersonen im Casino Montbenon. Thema des diesjährigen Anlasses war die qualitätsvolle Innenentwicklung und Wohnraumförderung in den Städten.

Städte und städtische Gemeinden sind die begehrtesten Lebens- und Arbeitsorte für die Mehrheit der Menschen der Schweiz. Sie bieten urbanen Qualitäten: kurze Wege, ein breites kommerzielles, soziales und kulturelles Angebot, vielfältige Begegnungs-, Bewegungs- und Freizeitmöglichkeiten und Experimentierraum für Kreativität und Wirtschaft. Die Anziehungskraft der Städte ist kein Zufall, sondern die Folge zielgerichteter Stadtentwicklung, Planung und Wohnpolitik.

Seit der Revision des Raumplanungsgesetzes 2014 gelten verbindliche Paradigmen für die qualitätsvolle Innenentwicklung. Die städtische Wohnpolitik ist hierbei ein Schlüsselfaktor. Welche Rolle und Handlungsmöglichkeiten haben die Städte, damit dies gelingt? Wie können Städte ihre Innenentwicklungsprozesse am besten steuern, damit Wohnraum und ein attraktives Wohnumfeld für die gesamte Bevölkerung entstehen kann?

Ehrengast in Lausanne war Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider.

Mutationen auf der Geschäftsstelle

Im September 2024 hat Benjamin Fröhlich die Kommunikation des Städteverbandes übernommen.

Im Oktober 2024 hat Jonas Schmid das Ressort Mobilität und Verkehrspolitik übernommen.

Im Dezember 2024 wurde Monika Litscher zur neuen Direktorin des Städteverbandes gewählt. Sie tritt ihr Amt im März 2025 an. ♦

Netzwerk

Der Städteverband bietet seinen Mitgliedern eine vielfältige und breite Palette an Plattformen, um sich fachlich auszutauschen oder politisch einzubringen.

Sektionen

Als rechtlich selbständige Organisationen befassen sich die Sektionen des Städteverbandes mit spezifischen Fragestellungen in ihrem Fachbereich. Sie erarbeiten z.B. fachliche Grundlagen und politische Positionen und bringen sich – in Absprache mit dem SSV – aktiv in den politischen Prozess ein.

- Konferenz der städtischen Finanzdirektorinnen und -direktoren (KSFD)
- Konferenz der städtischen Sicherheitsdirektorinnen und -direktoren (KSSD)
- Schweizerischer Verband Kommunale Infrastruktur (SVKI)
- Städteinitiative Bildung
- Städteinitiative Sozialpolitik
- Städtekonferenz Mobilität (SKM)
- Städtekonferenz Kultur (SKK)

Kommissionen und Arbeitsgruppen

Die Kommissionen und ständigen Arbeitsgruppen (AG) des Städteverbandes dienen der internen Meinungsbildung und dem Meinungs- und Erfahrungsaustausch unter den Mitgliedern des Städteverbandes. Sie werden aus verantwortlichen Exekutivmitgliedern oder aus Fachpersonen der Verwaltung der Mitgliederstädte gebildet.

- AG Digitalisierung
- AG Geoinformation SSV
- AG Kommunikation
- AG Prävention und Bekämpfung von Radikalisierung und Extremismus
- AG Städtische Integrationsdelegierte
- AG Städtisches Nachtleben
- AG Stadtplanung
- Energie- und klimapolitische Kommission
- Fachgruppe Stadt- und Gemeindeingenieure
- Netzwerk altersfreundlicher Städte
- Interessengemeinschaft Grosse Kernstädte (IGGK)
- Stadtbaumeisterinnen und Stadtplaner
- Statistikkommission
- Zentrum öffentlicher Raum (ZORA) ♦

Organe

Vorstand

Anders Stokholm	Präsident, Stadtpräsident Frauenfeld
Sami Kanaan	Vizepräsident, Stadtrat Genf
Corine Mauch	Vizepräsidentin, Stadtpräsidentin Zürich
Bruno Arrigoni	Stadtpräsident Chiasso
Conradin Cramer	Regierungspräsident Basel-Stadt
Ramona Gut-Rogger	Gemeindepräsidentin von Emmen
Barbara Horlacher	Frau Stadtammann Brugg
Grégoire Junod	Stadtpräsident Lausanne
Alec von Graffenried	Stadtpräsident Bern
Michael Künzle	Stadtpräsident Winterthur
Philipp Kutter	Stadtpräsident Wädenswil
Raphael Lanz	Stadtpräsident Thun
Franziska Stadelmann	Gemeindepräsidentin Muttenz
Thierry Steiert	Stadtammann Freiburg
Philippe Varone	Stadtpräsident Sion
Mélanie Wyss	Stadtpräsidentin Morges

Geschäftsstelle

Martin Flügel	Direktor
Monika Litscher	Stv. Direktorin, Stadtentwicklung
Dominik Bela Ribeiro	Praktikant
Giulia Brawand	Administration
Franziska Ehrler	Sozial- und Gesellschaftspolitik
Michael Felber	Finanz- und Wirtschaftspolitik
Benjamin Fröhlich	Kommunikation
Christina Grab	Administration
Valeria Lucentini	Kulturpolitik, Statistik
Maja Münstermann	Administration
Léa Pacozzi	Praktikantin
Daphné Rüfenacht	Energie- und Klimapolitik
Barbara Santschi-Hutzli	Direktionsstab, Raumentwicklung
Jonas Schmid	Mobilität und Verkehrspolitik
Flora Senften	Netzwerk Lebendige Quartiere, öffentlicher Raum

Kontrollstelle

Blaser Treuhand AG	Bern
---------------------------	------

24. November 2024

Doppelter Angriff auf das
Mietrecht abgewehrt.



Jahresrechnung

Erfolgsrechnung

	2024		2023	
Ertrag	CHF	%	CHF	%
Mitgliederbeiträge	2 236 884.20		2 210 820.80	
Verwaltungskostenbeiträge	201 499.50		198 966.20	
Projekte und übrige Erträge	210 305.43		190 222.20	
Total Ertrag	2 648 689.13	100	2 600 009.20	100
Aufwand				
Vorstand / Sitzungen / Kommissionen	101 263.15	-3,8	106 770.94	-4,1
Sachaufwand	779 317.68	-29,4	792 889.45	-30,5
Personalaufwand	1 782 720.74	-67,3	1 719 760.10	-66,1
Total Betriebsaufwand	-2 663 301.57	-100,6	-2 619 420.49	-100,7
Ausserordentlicher Erfolg	-4 123.67	-0,2	9 867.20	0,4
Jahreserfolg	-18 736.11	-0,7	-9 544.09	-0,4

Bilanz

AKTIVEN	CHF	%	CHF	%
Umlaufvermögen				
Flüssige Mittel	1 226 095.31		284 663.20	
Forderungen aus Lieferungen / Leistungen	1 041.40		9 569.47	
Übrige kurzfristige Forderungen	9 655.95		3 414.30	
Übrige kurzfr. Forderungen ggü. Nahestehenden	43 601.07		67 601.07	
Aktive Rechnungsabgrenzung	80 708.50		81 673.46	
	1 361 102.23	40,9	446 921.50	13,9
Anlagevermögen				
Finanzanlagen Mietkaution (Eigentumsvorbehalt)	66 191.92		65 976.95	
Finanzanlagen Festgeld	1 900 000.00		2 700 000.00	
Sachanlagen	1.00		1.00	
	1 966 192.92	59,1	2 765 977.95	86,1
Bilanzsumme	3 327 295.15	100	3 212 899.45	100
PASSIVEN				
Fremdkapital				
Verbindlichkeiten aus Lieferungen / Leistungen	24 744.85		96 368.75	
Übrige kurzfr. Verbindl. ggü. Nahestehenden	279 167.95		220 715.76	
Passive Rechnungsabgrenzungen	74 927.77		113 624.25	
Total Fremdkapital kurzfristig	378 840.57		430 708.76	
Rückbehaltene Sachkosten	1 498 000.00		1 313 000.00	
Total Fremdkapital Langfristig	1 498 000.00		1 313 000.00	
Total Fremdkapital	1 876 840.57	56,4	1 743 708.76	54,3
Eigenkapital	1 450 454.58	43,6	1 469 190.69	45,7
Bilanzsumme	3 327 295.15	100,0	3 212 899.45	100



9. Dezember 2024

Monika Litscher wird neue
Direktorin des Städteverbands.

Mitglieder

Aarau
Adliswil
Aesch BL
Affoltern am Albis
Aigle
Altdorf
Altstätten
Amriswil
Appenzell
Arbon
Arosa
Baden
Basel
Bassersdorf
Bellinzona
Bern
Biel-Bienne
Binningen
Birsfelden
Brig-Glis
Brugg
Buchs SG
Bülach
Bulle
Bussigny
Burgdorf
Carouge
Chiasso
Chur
Delsberg
Dietikon
Dübendorf
Emmen
Frauenfeld
Freiburg
Freienbach
Genf
Gland
Glarus
Gossau SG
Grenchen
Herisau
Hochdorf
Horgen
Illnau-Effretikon
Interlaken
Ittigen

Kloten
Köniz
Kreuzlingen
Kriens
Küssnacht ZH
Küssnacht am Rigi
La Chaux-de-Fonds
La Neuveville
La Tour-de-Peilz
Lancy
Langenthal
Lausanne
Le Grand-Saconnex
Le Locle
Lenzburg
Liestal
Locarno
Lugano
Luzern
Lyss
Martigny
Meilen
Meyrin
Monthey
Montreux
Morges
Moutier
Münsingen
Murten
MuttENZ
Neuenburg
Nyon
Olten
Onex
Opfikon
Ostermundigen
Payerne
Plan-les-Ouates
Prilly
Pully
Rapperswil-Jona
Regensdorf
Reinach BL
Renens VD
Rheinfelden
Riehen
Romanshorn

Rorschach
Rüti ZH
Sarnen
Schaffhausen
Schlieren
Schwyz
Siders
Sitten
Solothurn
Spiez
St. Gallen
St. Moritz
Stäfa
Steffisburg
Sursee
Thalwil
Thun
Urdorf
Uster
Uzwil
Vaduz
Vernier
Versoix
Vevey
Villars-sur-Glâne
Wädenswil
Wallisellen
Weinfelden
Wettingen
Wetzikon ZH
Widnau
Wil SG
Willisau
Winterthur
Worb
Yverdon-les-Bains
Zofingen
Zuchwil
Zug
Zürich

Gemeindepräsidentenverband
Kanton Zürich (ohne Stimmrecht)

Trägerverein Energiestadt
(Gönnermitglied)

